Nr. 167. Freitag, den 20. Juli 1917. 31. Jahrgang.

# Hamburger Echo.

Das „Hamburger Echo“ erscheint täglich, außer Montags.
**Bezugspreis:** durch die Post ohne Bringegeld monatlich ℳ 1,50, vierteljährlich ℳ 4,50, durch die Austräger wöchentlich 35 ₰ frei ins Haus. Einzelnummer in der Expedition und den Filialen 6 ₰, bei den Straßenhändlern 10 ₰, Sonntagsnummer mit „Neue Welt“ 10 ₰. Kreuzbandsendungen monatlich ℳ 2,70, für das Ausland monatlich ℳ 4,—.

Redaktion: Fehlandstraße 11, 1. Stock. Hamburg 36. Expedition: Fehlandstraße 11, Erdgeschoß.
Verantwortlicher Redakteur: J. Reitze in Hamburg.

Anzeigen die achtgespaltene Petitzeile oder deren Raum 45 ₰, Arbeitsmarkt, Vermietungs- und Familienanzeigen 25 ₰ zuzüglich 10 pZt. Teuerungszuschlag. Anzeigen-Annahme Fehlandstr. 11, Erdgeschoß (bis 4 Uhr nachm.), in den Filialen (bis 3 Uhr), sowie in allen Annoncen-Bureaus. Platz- u. Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit. Reklamen im redaktionellen Teil werden weder gratis noch gegen Entgelt aufgenommen. — Buchhandlung: Erdgeschoß, Buchdruckerei-Kontor: 1. Stock, Fehlandstr. 11.

**Filialen:** St. Pauli, ohne Amandastraße, bei Franz Würzberger, Annenstr. 17. **Eimsbüttel, Langenfelde** bei Carl Dreher, Fruchtallee 42. **Hoheluft, Eppendorf, Groß-Borstel** und **Winterhude** bei Ernst Großkopf, Meldorferstr. 8. **Barmbeck, Uhlenhorst** bei Theodor Petereit, Heinrich Hertzstr. 145. **Nord-Barmbeck** bei Robert Birr, Poppenhusenstr. 13. **Hohenfelde, Borgfelde, Hamm, Horn, Schiffbeck** und **Billwärder** bei Carl Ortel, Baustr. 26. **Hammerbrook** bis Ausschläger Billdeich bei Rud. Fuhrmann, Süderkaistr. 15. **Rotenburgsort** und **Veddel** bei Fr. Hübener, Billh. Röhrendamm 213 a, Hchpt. **Wilhelmsburg** bei H. Oellerich, Fährstr. 59, I. **Eilbeck, Wandsbeck, Hinschenfelde** und **Ost-Barmbeck** bei Franz Krüger, Kurze Reihe 34. **Altona** bei Friedr. Ludwig, Bürgerstr. 22. **Ottensen, Bahrenfeld** bei Franz Rose, Friedensallee 46.

# Regierung und Reichstag für einen Verständigungsfrieden.

## Deutscher Reichstag.

(Telephonischer Bericht.)

116. Sitzung.

Berlin, 19. Juli, 3 Uhr nachmittags.

Haus und Tribünen sind überfüllt.

Am Bundesratstisch: Der neue Reichskanzler, Dr. Helfferich, v. Capelle, Zimmermann, v. Loebell, Beseler, Breitenbach, Graf Roedern u. a.

Präsident Dr. **Kaempf** feiert die Verdienste des Herrn v. Bethmann Hollweg. Er erkennt dankend an, daß Herr v. Bethmann Hollweg den Bedürfnissen eines vertrauensvollen Zusammenwirkens zwischen Reichsleitung und Reichstag volles Verständnis entgegengebracht hat. (Lebhafte Zustimmung links und in der Mitte. Schweigen rechts.)

Der Präsident begrüßt dann den neuen Reichskanzler Dr. Michaelis im Namen des Reichstags. Wir vertrauen, daß es seiner Einsicht und Tatkraft gelingen wird, in dem Streit der Meinungen und in dem Ringen der Völker den Weg zu finden, der unser Vaterland einer glücklichen, gesicherten Zukunft entgegenführt. Der Präsident nimmt dann ein Schreiben der schweizerischen Vereinigung der Griechen in Genf an ihn als den Präsidenten des Reichstages zum Anlaß, um der notleidenden Nation und ihrem aufrechten König die wärmste Sympathie des Reichstags auszusprechen.

Auf der Tagesordnung stehen die

### Kriegskredite.

Reichskanzler Dr. **Michaelis**: In ernstester Zeit ist die zentnerschwere Last meines Amtes auf meine Schultern gelegt. Im Aufblick zu Gott und im Vertrauen auf die deutsche Kraft habe ich es gewagt, und werde nur der Sache dienen bis zur letzten Hingabe. Von Ihnen erbitte ich vertrauensvolle Mitarbeit in dem Geiste, der sich in diesem dreijährigen Kriege so herrlich bewährt hat und im Gedenken an den hochverdienten Mann, der an diesem Posten vorher acht Jahre gestanden hat. An seiner Tätigkeit ist herbe Kritik geübt worden, eine Kritik, die vielfach mit Feindschaft und Haß durchsetzt war. Ich habe die Empfindung, es wäre würdiger gewesen, Feindschaft und Haß hätten Halt gemacht vor der verschlossenen Tür. Erst wenn das Buch dieses Krieges geöffnet vor uns liegen wird, werden wir voll würdigen können, was Bethmanns Kanzlerschaft für Deutschland bedeutet hat. Ich hätte meine Aufgabe nicht übernommen, hätte ich nicht fest den Glauben an die Gerechtigkeit unserer Sache. Täglich müssen wir uns die Ereignisse von vor drei Jahren vor Augen halten, die geschichtlich feststehen, und die beweisen, daß wir in den Krieg gezwungen worden sind. Uns blieb keine andere Wahl, und was vom Kriege selbst gilt, gilt auch von unseren Waffen, insbesondere von der U-Bootwaffe. Wir weisen den Vorwurf zurück, daß der U-Bootkrieg völkerrechtswidrig sei, daß er gegen die Menschenrechte verstoße. England hat uns diese Waffe in die Hand gedrückt durch seine völkerrechtswidrige Seesperre und den Aushungerungskrieg. Unsere schwachen Hoffnungen, daß Amerika an der Spitze der Neutralen der englischen Rechtswidrigkeit Einhalt gebieten würde, waren eitel, und der letzte Versuch, den Deutschland gemacht hat, durch ein ehrlich gemeintes Friedensangebot das Aeußerste zu vermeiden, ist fehlgeschlagen. Da durfte und mußte Deutschland dieses letzte Mittel wählen als eine von der Notwehr gebotene Gegenmaßregel und auch als ein Mittel zur Abkürzung des Krieges selbst. Der U-Bootkrieg leistet das und er leistet noch mehr als das, was man von ihm erhofft hat. Falsche Nachrichten, die aus geheimen Ausschußsitzungen in die Oeffentlichkeit gedrungen sind (Sehr richtig! rechts; Widerspruch gegen das „Sehr richtig“ auf der linken Seite), haben eine zeitlang ein gewisses Gefühl der Enttäuschung hervorgerufen. Das hängt wohl damit zusammen, daß voreilige Propheten die Erwartung ausgesprochen hatten, infolge des U-Bootkrieges werde der Krieg zu einer bestimmten Zeit beendet sein. (Zuruf: Dr. Helfferich!) Ich stelle fest, daß der U-Bootkrieg in der Vernichtung feindlichen Frachtraumes leistetete, was er leisten sollte. Er schadet Englands Wirtschaft und Kriegführung von Monat zu Monat wachsend, so daß dem Friedensbedürfnis nicht mehr länger entgegengewirkt werden könne. Den Arbeiten unserer wackeren U-Boot-Leute sehen wir weiter mit vollem Vertrauen entgegen, und so grüße ich unsere Truppen an allen Fronten, zu Lande und zu Wasser, in der Luft und unter See von der Heimat! Was unsere Heere unter der Leitung ihrer großen Führer bisher geleistet haben, ist in der Weltgeschichte unerhört und unser Dank ist unauslöschlich. Wir gedenken auch dankbar unserer braven und treuen Bundesgenossen, die Waffenbrüderschaft in heißen Kämpfen geschlossen. Die Berichte über die allgemeine Lage sind sehr gut. Im Westen sind die Offensiven der Engländer und Franzosen gescheitert. Die Gegenangriffe unserer Heere beweisen ihre ungebrochene Kraft und ihr bestes Können. Im Osten ist infolge der inneren Wirren der Angriff der Millionenheere nicht zur Ausführung gekommen. Es trat dort zunächst verhältnismäßige Ruhe ein. Erst nachdem falsche Nachrichten die russischen Soldaten von neuem aufgestachelt hatten, kam es zu der jetzigen Offensive. Ihr Ziel war Lemberg und die Oelquellen von Drohobycz, auch eine Folge des U-Bootkrieges. Brussilow hat mit rücksichtslosen Opfern nur geringe Vorteile erzielt. Vor einer halben Stunde habe ich folgendes Telegramm des Feldmarschalls Hindenburg erhalten: „Durch die russische Offensive in Galizien herausgefordert, hat heute ein durch starken Regen bisher hinausgeschobener deutscher Angriff östlich von Zloczow eingesetzt. Unter persönlicher Leitung des Feldmarschalls Leopold von Bayern haben deutsche Divisionen, unterstützt durch österreich-ungarische Artillerie in altbewährtem Schneid und fester Zuversicht die russischen Stellungen durchstoßen. (Zuruf bei den U. S.: Stimmungsmache! — Pfuirufe.) Die letzten Vorteile von Brussilow sind demnach wieder ausgeglichen.“

Der Reichskanzler bespricht dann kurz die Lage in Griechenland, Italien, im Kaukasus und in Palästina. Die Hoffnungen der Entente auf Amerika beunruhigen uns nicht. Wir wissen, wieviel Frachtraum nötig ist, um ein Heer von Amerika nach Europa zu bringen und wieviel Tonnage dazu gehört, um das Heer zu ernähren und zu versorgen. England und Frankreich können ihre Heere kaum selber versorgen. Unser Heer, unsere Marine dürften auch dieser neuen Gefahr Herr werden. So können wir dem Kommenden mit ruhiger Sicherheit entgegensehen. Und trotzdem ist in allen Herzen die brennende Frage: Wie lange noch? Ich komme damit zum Kernpunkt der heutigen Verhandlungen. Deutschland hat den Krieg nicht gewollt. Deutschland hat ihn nicht gewollt, um Eroberungen zu machen, und **darum wird Deutschland auch nicht einen Tag länger Krieg führen, wenn es einen ehrenvollen Frieden bekommt, nur um gewaltsame Eroberungen zu machen.** Was wir wollen, ist in erster Linie, daß wir den Frieden als solche machen, die sich erfolgreich durchgesetzt haben. In diesem Geiste wollen wir in die Verhandlungen eintreten, wenn es Zeit ist. Wir können den Frieden nicht noch einmal anbieten. Die Hand, die einmal ehrlich ausgestreckt war, hat ins Leere gegriffen. Wenn wir Frieden machen, dann müssen wir in erster Linie erreichen, daß die Grenzen des Deutschen Reiches für alle Zeiten sichergestellt sind. Wir müssen im Wege der Verständigung (Bravo! links und in der Mitte) und des Ausgleichs die Lebensbedingungen des Deutschen Reiches auf dem Kontinent und über See garantieren. Der Friede muß die Grundlage für eine dauernde Versöhnung der Völker geben. Er muß der weiteren Verfeindung der Völker durch wirtschaftliche Absperrung vorbeugen. Er muß uns davor sichern, daß sich der Waffenbund unserer Gegner zu einem wirtschaftlichen Trutzbund gegen uns auswächst. Diese Ziele lassen sich im Rahmen Ihrer (der Mehrheit) Resolution, wie ich sie auffasse, erreichen. Wenn die Feinde ihre Eroberungsgelüste, ihre Niederwerfungsgelüste aufgegeben haben und eine Verhandlung wünschen, dann ist das gesamte deutsche Volk und die deutsche Armee mit ihren Führern, die mit diesen Erklärungen einverstanden sind (lebhafter Beifall links und in der Mitte), darin einig, daß wir den Gegner, der die Fühler ausstreckt, fragen, was er zu sagen hat, und dann wollen wir ehrlich und friedensbereit in die Verhandlungen eintreten. Bis dahin müssen wir ruhig, geduldig und mutig ausharren.

Der Kanzler wendet sich nun den

**Ernährungsfragen**

zu. Der Monat Juni war der schlimmste. Aber ich kann die frohe Zuversicht aussprechn, daß in kurzer Zeit eine Erleichterung eintreten wird. Unsere Ernte ist besser, als wir befürchteten. Bei straffer Erfassung und voller Rationierung reichen die Vorräte. Schmerzlich war die Erfahrung, daß sich das Verhalten der Bevölkerung in Stadt und Land infolge der Kriegswirtschaft getrübt hat. Im neuen Wirtschaftsplan dürfen die Rationen für die Landwirtschaft und für das Vieh und die Pferde nicht zu gering sein. Die städtische Bevölkerung muß die großen Schwierigkeiten der Landwirtschaft würdigen, aber auch die Landwirtschaft muß volles Verständnis dafür haben, wie groß die Not in der Industrie und in den Großstädten ist. Wenn das geschieht, wird die Annäherung erfolgen.

Ueber die schwebenden Fragen der

**inneren Politik**

kann ich nur folgendes sagen: Nach Erlaß der allerhöchsten Botschaft vom 11. Juli über das Wahlrecht in Preußen stelle ich mich selbstverständlich auf deren Standpunkt. Ich halte es für nützlich und notwendig, daß zwischen den großen Parteien und der Regierung eine engere Fühlung herbeigeführt wird und bin bereit, soweit dies möglich ist, ohne den bundesstaatlichen Charakter und die konstitutionellen Grundlagen des Reiches zu schädigen, alles zu tun, was dieses Zusammenarbeiten lebens- und wirkungsvoller machen kann. Ich halte es auch für wünschenswert, daß das Vertrauensverhältnis zwischen Parlament und Regierung dadurch enger wird, daß Männer in leitende Stellungen berufen werden, die neben ihrer persönlichen Eignung auch das volle Vertrauen der großen Parteien und der Volksvertretung genießen.

Selbstverständlich ist alles das nur unter der Voraussetzung möglich, daß von der anderen Seite anerkannt wird, daß das verfassungsmäßige Recht der Reichsleitung zur Führung der Politik nicht geschmälert werden darf. Ich bin nicht willens, mir die Führung aus der Hand nehmen zu lassen.

Wir fahren in wildbewegter See, aber das Ziel steht uns leuchtend vor Augen. Das, was wir ersehnen, ist ein neues, herrliches Deutschland, nicht ein Deutschland, das mit seiner Waffengewalt die Welt terrorisieren will, wie unsere Feinde glauben; nein, ein sittlich geläutertes, ein gottesfürchtiges, ein freies, friedliches, machtvolles Deutschland, das wir alle lieben. Für dieses Deutschland wollen wir kämpfen und leiden. Dieses Deutschland wollen wir uns erkämpfen allen Feinden zum Trotz. (Langanhaltender Beifall.)

**Fehrenbach** (Z.) verliest im Auftrage der Fraktionen des Zentrums, der Sozialdemokraten und der Fortschrittlichen Volkspartei die folgende Friedensresolution:

**„Wie am 4. August 1914 gilt für das deutsche Volk auch an der Schwelle des vierten Kriegsjahres das Wort der Thronrede „Uns treibt nicht Eroberungssucht“. Zur Verteidigung seiner Freiheit und Selbständigkeit, für die Unversehrtheit seines territorialen Besitzstandes hat Deutschland die Waffen ergriffen.**

**Der Reichstag erstrebt einen Frieden der Verständigung und der dauernden Versöhnung der Völker. Mit einem solchen Frieden sind erzwungene Gebietserwerbungen und politische, wirtschaftliche oder finanzielle Vergewaltigungen unvereinbar.**

**Der Reichstag weist auch alle Pläne ab, die auf eine wirtschaftliche Absperrung und Verfeindung der Völker nach dem Kriege ausgehen. Die Freiheit der Meere muß sichergestellt werden. Nur der Wirtschaftsfriede wird einem freundschaftlichen Zusammenleben der Völktr den Boden bereiten.**

**Der Reichstag wird die Schaffung internationaler Rechtsorganisationen tatkräftig fördern.**

**Solange jedoch die feindlichen Regierungen auf einen solchen Frieden nicht eingehen, solange sie Deutschland und seine Verbündeten mit Eroberung und Vergewaltigung bedrohen, wird das deutsche Volk wie ein Mann zusammenstehen, unerschütterlich ausharren und kämpfen, bis sein und seiner Verbündeten Recht auf Leben und Entwicklung gesichert ist. In seiner Einigkeit ist das deutsche Volk unüberwindlich.**

**Der Reichstag weiß sich in dieser Bekundung eins mit den Männern, die in heldenhaftem Kampfe das Vaterland schützen. Der unvergängliche Dank des ganzen Volkes ist ihnen sicher.“**

Namens des Zentrums fügt der Redner hinzu: Seit Bestehen des Reiches hat der Reichstag sich große Reserve in bezug auf die auswärtigen Angelegenheiten auferlegt. Wenn er jetzt aus ihr heraustritt und die Bereitschaft zu einem für alle Beteiligten ehrenvollen Frieden kundgibt, so mischt er sich nicht in das, was Sache der Regierung ist; er macht kein Friedensangebot, sondern stellt die Bereitschaft des eigenen Volkes zum Frieden fest und fordert die feindlichen Parlamente in feierlicher Weise auf, sich vom gleichen Friedenswillen beseelen zu lassen. Schließlich wird, wenn auch vielleicht erst in Monaten, die ruhige Ueberlegung zu ihrem Rechte kommen, welche sagt: Das deutsche Volk ist ein starkes und tapferes Volk, aber mehr noch als in der Kunst des Krieges hat es sich in den Werken des Friedens ausgezeichnet. Man hat vor einer solchen Kundgebung als Zeichen der Schwäche gewarnt. Wir werden dagegen täglich den Beweis erbringen, daß wir zum Schlagen bereit und zum Siegen befähigt sind. Auch bei unseren Feinden wird sich die Erkenntnis durchringen, daß nicht die Not, sondern die Sehnsucht nach Frieden uns bestimmt, die Hand zur Verständigung zu reichen. An der Schwelle des vierten Kriegsjahres erhebt sich die fürchterliche Gewissensfrage bei allen Völkern gleichermaßen: Soll dieses Wüten auch noch ein viertes Jahr dauern? Keine Eroberung und keine wirtschaftliche Vergewaltigung würde die Summe von Elend ausgleichen. Unsere wirtschaftliche Situation schließt jede Mißdeutung aus. Wird die von der deutschen Volksvertretung jetzt zum ersten Male dargebotene Hand zurückgewiesen, so wird das ganze Volk aufflammen in gerechtem Zorn.

In der inneren Politik ist auf die Osterbotschaft die Ankündigung des gleichen Wahlrechts gefolgt, nicht so frühzeitig, wie es gewünscht worden wäre. Meine Partei hat jede Einmischung des Reiches in die preußischen Angelegenheiten abgelehnt. Aber bei der Bedeutung, die die politische Haltung des führenden Bundesstaates für das ganze Reich hat, halten wir uns für berechtigt, auszusprechen, daß das Wahlrecht, das die meisten Bundesstaaten den Wählern gewähren, auch in Preußen gewährt werden muß, ganz besonders nach diesem Kriege. Wir hoffen, daß die Kundgebung des Kaisers und Königs von Preußen ohne innere Kämpfe möglichst bald und vollkommen zur Durchführung kommt.

Auch in der Frage der Parlamentarisierung will meine Fraktion den bundesstaatlichen Charakter des Reiches gewahrt wissen. Sie denkt nicht daran, alle obersten Reichsstellen mit Parlamentariern besetzt zu sehen. (Zuruf rechts: Alle?) Nun, für so unfähig werden Sie doch die Parlamentarier nicht halten, daß nicht etliche das eine oder das andere Amt ausfüllen könnten. Die geringe Fühlung zwischen Regierung und Parlament haben wir bedauert, und glauben, daß diesem Uebelstande durch Berufung von Kräften aus dem Parlament abgeholfen werden soll.

Das Amt des Kanzlers hat den Inhaber gewechselt. Es hat etwas Tragisches, daß der Mann, der mit allen Mitteln den Frieden zu erhalten suchte, fallen mußte, als der Reichstag sich zur Friedenskundgebung entschloß, und daß die Volksvertretung ihn in dem Moment scheiden ließ, als er es unternahm, ihre Rechte zu vermehren. Was Herr v. Bethmann während seiner achtjährigen Tätigkeit und namentlich während des Krieges im Zusammenhalten des Volkes geleistet hat, soll nicht vergessen werden. Dem neuen Reichskanzler kommen wir mit dem Vertrauen entgegen, dessen er zur Leitung der Staatsgeschäfte in so ernster Zeit bedarf. Wir hoffen, daß er mit den gesellschaftlichen Vorurteilen brechen wird, die eine volle Ausnutzung aller Volkskräfte so oft verhinderte, und daß es ihm gelingen wird, nach glücklicher baldiger Beendigung des Krieges einen Frieden herbeizuführen, der die freie wirtschaftliche und politische Entwicklung des deutschen Volkes sichert, in seinen Grundlagen aber auch die Aussöhnung der Völker erhoffen läßt.

**Scheidemann** (SD.): Wir waren politische Gegner des zurückgetretenen Reichskanzlers und haben seine Amtsführung oft auf das schärfste kritisiert. Unsere Gegnerschaft und Kritik unterscheidet sich aber von einer anderen Art, die Personen angreift und verleumdet. So weit haben wir es unter dem Burgfrieden gebracht, daß man als Gegner nicht ernst genommen wird, wenn man mit anständigen Waffen kämpft. Ekelhaft und widrig war die Art, wie Herr v. Bethmann Hollweg von einer Seite bekämpft worden ist. Was ist dem Reichskanzler nicht alles nachgerufen und nachgespieen worden! Pfui Teufel! Wäre er schon mit den Ueberzeugungen in sein Amt eingetreten, mit denen er es verlassen hat, wer weiß, ob nicht manches besser gewesen wäre. Freilich war ein Reichskanzler mit solchen Ueberzeugungen vor dem Kriege nicht möglich. Die reaktionäre Wirtschaft vor dem Kriege ist unsere tragische Schuld. Als Bethmann Hollweg und anderen ernsten Männern die Augen darüber aufgingen, war es leider zu spät. Das Versprechen des gleichen Wahlrechts hat er uns noch gebracht. Gegen die Parlamentarisierung, die unter allen Umständen kommt, hatte er Bedenken, jene entsetzlichen Bedenken, die man immer zu spät aufgibt. Er war im Grunde genommen einsichtig, ohne starken Willen, und das war zu wenig. Aber der Himmel behüte uns vor einem starken Willen ohne Einsicht; das könnte unser Land nicht ertragen. Dieselbe Presse, die den Reichskanzler angriff, hat auch den Deutschen Reichstag angegriffen und behauptet, die Nerven der Abgeordneten im Reichstag seien zerrissen und dergleichen. Ich stelle fest, daß das alles Lüge ist. Nichts wesentliches ist im Haushaltsausschuß vorgetragen worden, was nicht auch hier schon von unseren Freunden oft gesagt worden ist. Die Sensation war, daß wir nicht mehr allein standen. Wir Sozialdemokraten haben den U-Bootkrieg bekämpft. Eine wüste Hetze wurde gegen uns entfesselt. Nie hat ein Blatt seine Leser frivoler getäuscht als die „Deutsche Tageszeitung“. Sein Mitarbeiter, Graf Reventlow, gehört zu den Anstiftern des Krieges mit Amerika und vielleicht zu diesem nicht allein. In wenig Monaten, so hieß es, würde es gelingen, England niederzuwerfen. Eine Gegenwirkung gegen diese Hetze durch die Presse war nicht möglich, weil die Zensur sie verbot. Ebenso wurden die Versammlungen verboten. Noch jetzt darf Herr Mertin in Schlesien gegen den Verständigungsfrieden reden, unsere Leute dagegen nicht für einen Verständigungsfrieden. Herr v. Heydebrand hat erst kürzlich ausgeführt, binnen zwei Monaten würde der Krieg durch die U-Boote gewonnen sein. Herr v. Heydebrand, Ihre U-Boot-Uhr ist abgelaufen! (Heiterkeit.) Das waren die Dinge, die Herr Erzberger im Hauptausschuß vorbrachte. Das sickerte auch in die Oeffentlichkeit, und da brach die Stimmungsmache zusammen. Daß die U-Boote England großen Schaden zufügen, ist unbestreitbar, aber man hat sie als Mittel bezeichnet, den Krieg in diesem Sommer zu beenden. Und diese Illusion ist zusammengebrochen, weil sie zusammenbrechen mußte. (Zuruf rechts: Wer hat das gesagt?) Stellen Sie sich doch nicht unwissender, als Sie in Wirklichkeit sind. Diejenigen, die diese Illusionen erweckten und am liebsten noch für einige Monate prolongieren wollen, haben dem deutschen Volke einen schlechten Dienst geleistet. Nichts als die Wahrheit kann uns nützen, und Wahrheit ist, daß wir diesen Krieg mit militärischen Mitteln ebenso wenig zu Ende bringen können, wie unsere Gegner. Wir führen drei Jahre Krieg gegen einen Feind, dessen gewaltige Uebermacht sich dank einer geradezu unbegreiflichen Politik im Laufe des Krieges noch vermehrt hat. Noch immer stehen wir ungebrochen da. Wir sind noch immer Herr im eigenen Lande und stehen mit unseren Fronten weit in den feindlichen Ländern. Ist das nicht eine ungeheure Leistung? In der Verteidigung sind wir unüberwindlich. Hätten gewisse Leute nicht so getan, als ob wir die ganze Welt verschlingen könnten und wollten, so hätten wir heute weniger Feinde und vielleicht schon Frieden. Was die Regierung sagt, ist schon lange das geistige Gemeingut des ganzen deutschen Volkes. Mögen die anderen Völker diese Stimme hören, mögen sie wissen, daß wir keine Welteroberungspläne hegen, daß wir keine Vergewaltigung beabsichtigen, daß wir bereit sind, einen Frieden zu schließen mit internationalen Rechtsgarantien. Wollen die anderen Völker das auch, so kann der Krieg morgen zu Ende sein; wollen sie das nicht, so werden wir weiter kämpfen, aber nicht wir werden dann die Schuld tragen, wenn die Welt zur Wüste wird. Es kann keinen Reichskanzler geben, der nicht im Sinne unserer Entschließung handeln müßte. Es ist zu Ende mit aller Zweideutigkeit. Der wildeste Annexionist als Reichskanzler, der auf einer Friedenskonferenz die alldeutschen Annexionspläne vertreten würde, würde dort ausgelacht. Man würde ihm sagen, sein eigenes Volk wolle von alledem nichts wissen, deine eigene Politik steht gegen dich. Mit der Annahme dieser Entschließung wird eine Tatsache geschaffen, die durch nichts mehr aus der Welt zu schaffen ist. Eine Regierung, die ihr entgegen handelte, könnte das Reich nur zu einem Chaos führen. Nützliches leisten kann eine Regierung, die sich dieser Resolution aus Ueberzeugung anschließt. Ist diese Regierung, die durch Herrn Dr. Michaelis repräsentiert wird, eine solche Regierung? Wir haben seine Erklärung gehört und werden unser Urteil bereits gebildet haben. Der Reichskanzler hat gesagt, nicht um einen Tag dürfe der Krieg weitergeführt werden, um Eroberungen zu machen. Wir wollen einen Frieden, der Verständigung und des Ausgleichs, einen Frieden, der dauernde Versöhnung ermöglicht. Das sind Ziele, die wir durchaus billigen. Stellen Sie sich einmal vor, eine Resolution, wie wir sie beschließen wollen, würde auch im englischen Unterhaus eingebracht und vom dortigen Kanzler beantwortet, wie sie heute hier beantwortet ist. Morgen könnten die Friedensverhandlungen beginnen. (Lachen rechts.) Der Menschheit ganzer Jammer faßt mich an, wenn ich in einer solchen Situation ein solches Gelächter höre. Ich nehme an, daß der Herr Reichskanzler bei näherem Nachdenken zu dem Ergebnis kommen muß, eine andere auswärtige Politik, als die hier vorgezeichnet ist, kann es nicht mehr geben. Einem Reichskanzler, der sie nicht aus Ueberzeugung vertreten könnte, könnte man nur den guten Rat geben, einem anderen Platz zu machen, der sie aus Ueberzeugung vertreten kann. Eine kraftvolle Politik friedliebender Verständigung kann nicht getrieben werden ohne ein freudiges Bekenntnis zum demokratischen Fortschritt. In dieser Beziehung klang manches in der Rede des Reichskanzlers ziemlich verheißungsvoll. Befriedigen konnte sie mich nicht. Sollten wir etwa nach einem Reichskanzler, der die Zeichen der Zeit erkannte und doch nicht nach ihnen zu handeln vermochte, einen anderen bekommen haben, der sie vielleicht nicht vollkommen erkannt hat? Der neue Reichskanzler wird nur Erfolg haben durch die Vollendung dessen, was sein Vorgänger uns angekündigt hat. Wir brauchen einen Kanzler, der uns hilft, uns von dem Dreiklassenwahlrecht zu befreien, der den Weg zu einer neuen Regierungsform auch im Reich eröffnet. Schnell muß geschehen, was notwendig ist. Das deutsche Volk will Taten sehen. Möge der Reichskanzler dafür sorgen, daß nicht etwa die Legislaturperiode des preußischen Abgeordnetenhauses verlängert wird, und daß die Wahlrechtsvorlage schon im Herbst den Landtag beschäftigt. Nur auf diesem Wege kann der Friede gesichert und eine bessere Zukunft des Volkes erreicht werden. Der demokratische Fortschritt ist nunmehr das deutsche Volksziel geworden. Wer uns auf diesem Wege entgegentritt, den halten wir für einen Schädling an unserem Volke. Was wir vor allem gebrauchen, ist die Befreiung der Presse von den schmachvollen Fesseln der Zensur. Den Zensurmaßnahmen gegen die „Frankfurter Zeitung“ reihte sich würdig das Verbot der „Zukunft“ an. Die Breslauer „Volkswacht“ durfte bei dem letzten Verbot ihren Lesern nicht mitteilen, daß sie verboten sei, sondern mußte sagen, sie habe ihr Erscheinen eingestellt. Das mußte den Eindruck erwecken, als sei das Blatt geschäftlich zusammengebrochen. Das ist ein direkt abscheuliches Verfahren. Der Erfolg ist gewesen, daß ihre Auflage von 45 000 auf 50 000 gestiegen ist. Das Verbot der Verbreitung von zwei Artikeln in der „Leipziger Volkszeitung“, die sich gegen die sozialdemokratische Fraktion richteten, als Flugblatt, geht ebenso über die Hutschnur, wie das Verbot der Verbreitung von Reichstagsreden. Der „Vorwärts“, der durch sein unerschrockenes Vorgehen der ganzen deutschen Presse mehr Luft